

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe April 2017

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](mailto:info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2017-01-17

## Inhalt dieser Ausgabe

- **German Foreign Policy: Auf Augenhöhe - BRD sieht sich als ebenbürtigen US-Konkurrenten**
- **Hildegard Slabik-Münter: Tausende Menschen wären sofort tot**
- **icanw.de: Bundesregierung will Verhandlungen boykottieren**
- **Zeit online: Massenproteste in Jemens Hauptstadt**
- **NachDenkSeiten: Vom Friedensforscher zum Verschwörer: Daniele Ganser und die Medien**
- **Wolfgang Bittner: "Wir haben eine akute Kriegsgefahr in Europa"**
- **NachDenkSeiten: Willy Wimmer und Albrecht Müller tauschen sich über Deutschland und NATO aus**
- **Frank Elbe, Botschafter a.D.: "Uns fehlen zur Zeit Versöhner und Visionäre"**
- **druschba.info: Freundschaftsfahrt 2017**
- **Freeman: Kennedy warnte vor der Weltverschwörung**
- **Prof. Rainer Mausfeld: Die Angst der Machteliten vor dem Volk**
- **Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: Die Amerikaner sind krank: Gesundheits-System auf Crash-Kurs**
- **Zeit-Fragen: Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt**

**Zitat des Monats** von [John F. Kennedy](#)

Die Menschheit muss dem Krieg ein Ende setzen,  
oder der Krieg setzt der Menschheit ein Ende.

- German-Foreign-Policy: **Auf Augenhöhe - BRD sieht sich als ebenbürtigen US-Konkurrenten**

Vor der Münchner Sicherheitskonferenz 2017 forderte der deutsche Außenminister ein [Bündnis "auf Augenhöhe" mit den USA](#). Da "Amerika" nicht "Führungsmacht bleiben kann und will", solle die EU nun eine gleichberechtigte "Partnerschaft" einfordern, erklärte Sigmar Gabriel. Zugleich erklärte der Leiter der Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger, Brüssel müsse in Zukunft gegenüber Washington "durchaus selbstbewusst auftreten"; es gelte "diejenigen unserer Kerninteressen klar zu kommunizieren, deren Verletzung eine transatlantische Großkrise provozieren würde". Während im EU-Establishment Warnungen laut werden, die neue US-Administration könne versuchen, unter Ausnutzung des verbreiteten Unmuts über die deutsche Dominanz die Union zu spalten, empfehlen deutsche Experten, sich Brüche im US-Establishment zunutze zu machen und mit Mitgliedern des US-Kongresses gegen die Regierung Trump zu paktieren.

Auf der Münchner Sicherheitskonferenz (17.02.-19.02.) haben die Bundeskanzlerin sowie mehrere Minister gegenüber der US-Administration Bedingungen für eine künftige Zusammenarbeit formuliert und ein "stärkeres Europa" in Aussicht gestellt, das Außenminister Sigmar Gabriel zufolge auch eigenständig in der Lage sein müsse, "mit der Realität der Krisen und Kriege außerhalb der Europäischen Union ... erfolgreich umzugehen". Entsprechende Aufrüstungsschritte werden vorbereitet. Die Kanzlerin hält eine Erhöhung des Militäretats um rund 8% pro Jahr für möglich. Zudem schreitet die Debatte über deutsch-europäische Nuklearwaffen voran. Publizisten bringen die Option ins Spiel, Berlin könne sich per Ko-Finanzierung des französischen Atomwaffenarsenals eine Teilkontrolle über die 'Force de Frappe' sichern. Weil die Aufrüstung ebenso wie die Sicherung des Zugriffs auf Atomwaffen Zeit kosten, setzt Berlin zumindest vorläufig noch auf das Bündnis mit Washington.

[German-Foreign-Policy](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarke deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Hildegard Slabik-Münter: **Tausende Menschen wären sofort tot**

Anfang Februar brachte das ARD-Magazin 'Panorama' eine deutsche Atombombe in die öffentliche Diskussion. Angebliche Gründe hierfür: Russlands Aggressivität und Trumps Unberechenbarkeit. Hildegard Slabik-Münter vom IPPNW kritisiert diese Sendung, wo Atomwaffengegner nicht zu Wort gekommen sind.

Slabik-Münter stellt die Wirkung von Atombomben deutlich dar. Sie kritisiert auch, dass die Politik keine Rücksicht auf die Ablehnung von Atomwaffen bei der Bevölkerung nimmt - weder hinsichtlich von deren Stationierung in Büchel noch hinsichtlich eines Atomwaffenverbots.

Wie nahe die Menschheit schon am Rande einer atomaren Katastrophe gestanden hat, greift Slabik-Münter auf: "Da gibt es ja das Beispiel von dem russischen Offizier [Stanislaw Petrow, der 1983 den Gegenschlag nicht auslöste](#), obwohl auf seinem Radar die aufsteigenden amerikanischen Atomraketen zu sehen waren. Es hat sich dann im Nachhinein herausgestellt, dass das Wolkenbildungen waren."

[Hildegard Slabik-Münter](#), Jg. 1949, Kinder- und Jugendärztin, Friedensaktivistin, Mitglied bei IPPNW. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- icanw.de: **Bundesregierung will Verhandlungen boykottieren**

Die Bundesregierung wird [den internationalen Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot fernbleiben](#). Das erklärt das Außenministerium in einem Schreiben an mehrere Friedensorganisationen, darunter die deutschen Sektionen der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) und der Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW). Ab dem 27.03.2017 werden geschätzte 130 Staaten in New York über einen Vertrag diskutieren, der die

Ächtung und Abschaffung dieser Massenvernichtungswaffen zum Ziel hat. ICAN Deutschland kommentiert: "Mit ihrem Boykott schadet die Bundesregierung der Abrüstungspolitischen Glaubwürdigkeit Deutschlands. Eine atomwaffenfreie Welt, wie sie die Regierung offiziell zum Ziel hat, ist ohne eine Ächtung von Atomwaffen nicht erreichbar. Indem sie sich aus einer für die Weiterentwicklung des Völkerrechts zentralen multilateralen Debatte ausklinkt, gibt sie wichtige und von der Bevölkerung getragene friedenspolitische Werte preis."

[ICAN Deutschland e.V.](#), deutscher Zweig der 'International Campaign to Abolish Nuclear weapons' (ICAN), die global über 440 Organisationen in 100 Ländern zählt. Der Völkerverständigung und dem Einsatz für die Ächtung von Atomwaffen, für Abrüstung und Frieden verpflichtet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Zeit online: **Massenproteste in Jemens Hauptstadt**

Am 25.03.2017 haben zum zweiten Jahrestag der Luftangriffe gegen den Jemen [in Sanaa Hunderttausende Menschen demonstriert](#). Sie protestieren gegen die Militärintervention durch Saudi-Arabien, die von USA, Großbritannien und Frankreich unterstützt wird. In dem Krieg wurden bisher 7'700 Menschen getötet und 40'000 verletzt. Die Hilfsorganisation Oxfam warnt vor einer Hungersnot. 7 Millionen Jemeniten leiden extreme Not.

Gemäß [Unicef-Bericht](#) leiden bereits 462'000 Kinder an akuter Mangelernährung. Immerhin 237'000 davon konnte Unicef behandeln. Jeder zweite Bürger verfügt über nicht mehr als 2 Dollar am Tag. 2 Millionen Kinder gehen nicht zur Schule, weil es zu gefährlich ist oder weil sie arbeiten müssen. Viele Jungen haben keine andere Perspektive als sich von Milizen rekrutieren zu lassen. Viele Mädchen werden immer früher verheiratet, in der Hoffnung, dass sie dann versorgt seien. Unicef teilt mit, dass diese Katastrophe international viel zu wenig wahrgenommen werde. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz teilt mit, dass in Jemen und in Somalia mehrere Millionen Menschen vom Hungertod bedroht seien.

[Inhalt](#) ↑

- NachDenkSeiten: **Vom Friedensforscher zum Verschwörer: Daniele Ganser und die Medien**

Durch das Erscheinen seines neuen Buches „Illegale Kriege: Wie die NATO Länder die UNO sabotieren“ ist der Schweizer Friedensforscher Daniele Ganser wieder vermehrt in den Medien präsent. Dabei erfährt er große Unterstützung von kleineren, alternativen Medien für seine Friedensforschung und seiner Kritik an den NATO-Kriegen und am US-Imperium. In seinem Buch zeigt er unter anderem auf, dass die NATO ein Angriffsbündnis und die USA eine Oligarchie, also eine Herrschaft von wenigen Reichen ist.

Im Gegensatz dazu wird [Hr. Ganser in den etablierten Medien häufig als „Verschwörungstheoretiker“ diffamiert](#) und seine Kritik am US-Imperium und am NATO-Angriffsbündnis als unsinnig und unbegründet dargestellt. Am auffallendsten war dies in den Sendungen „Einstein“ vom Januar und in der „Arena“ vom Februar dieses Jahres im Schweizer Fernsehen.

Die Begriffe „Verschwörungstheorie“ oder „Verschwörungstheoretiker“ werden laut Ganser in den Medien ganz gezielt eingesetzt. Er spricht hier von einem Frame, einem Deutungsrahmen, den der Journalist für seine Geschichte wählt. Dadurch wird beim Zuschauer oder Leser die Assoziation geweckt, dass in seinem Buch nur wilde Verschwörungstheorien stehen, also alles sowieso Unsinn ist. Der Journalist schafft also mit einem Frame einen negativen Kontext. Dabei geht es immer darum, unliebsame Kritiker mundtot zu machen.

Außerdem wird in dem von Jens Wernicke geführten Interview darauf hingewiesen, dass wir uns heute in einem Informationskrieg befinden. Es stellt sich die Frage, wie man eine manipulative, stigmatisierende Auseinandersetzung erkennt. Oder was eine offene und objektive Debatte kennzeichnet. Dazu gibt Ganser viele anschauliche Hinweise und Beispiele.

Ganser findet, dass man grundsätzlich zwischen NATO-kritischen und NATO-freundlichen Medien unterscheiden kann. Hier verweist er auf die Webseite Swiss Propaganda Research, die im März 2017 den so genannten Medien-Navigator publiziert hat.

[Daniele Ganser](#) ist Schweizer Historiker, spezialisiert auf Zeitgeschichte seit 1945 und Internationale Politik, sowie Energie- und Friedensforscher. (Red.)

[Jens Wernicke](#), Jg. 1977, ist Diplom-Kulturwissenschaftler, Autor und freier Journalist mit den Arbeitsschwerpunkten Kriegspropaganda und 'Spin Doctoring'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Wolfgang Bittner: "Wir haben eine akute Kriegsgefahr in Europa"**

Der renommierte Schriftsteller Wolfgang Bittner hat seine literarische Arbeit unterbrochen, weil ihn die Kriegsgefahr, die in Europa herrscht, zu sehr aufwühlt. Im Interview erklärt er, wie es über die NATO-Osterweiterung, die Ukraine und die Sanktionen gegen Russland zur gegenwärtigen Lage gekommen ist. Bittner führt aus, dass die Konfrontation mit Russland gegen den Willen der deutschen Bevölkerung geschieht.

Er fürchtet, dass eine Art Nebenregierung in den USA aus global agierender Hochfinanz in Verbindung mit dem militärisch-industriellen Komplex, den Geheimdiensten, der Fed und anderen Institutionen des Machtapparats nicht an Frieden in der Welt und auch nicht an einem friedlichen und prosperierenden Europa gelegen ist, sondern zum Äußersten entschlossen sein könnte. Ziel dieser Politik sei es zu verhindern, dass sich deutsches Kapital und deutsche Technologie mit russischen Rohstoff-Ressourcen und russischer Arbeitskraft verbänden. Denn dadurch entstünde für die USA eine wirtschaftliche und militärische Konkurrenz, die nicht hinnehmbar sei.

Um die akute Kriegsgefahr zu mindern, müsste sich die deutsche Regierung nach Meinung von Bittner ernsthaft dafür einsetzen, dass die von den USA aufoktroierten Sanktionen zurückgenommen werden und ihre eigene [Konfrontationspolitik beenden](#). Die Bundesregierung müsse sich dafür einsetzen, dass die NATO-Truppen von den russischen Grenzen zurückgezogen werden.

Skandalöserweise betreiben viele westliche Medien begleitend zu der Politik der Konfrontation Propaganda gegen Russland und seinen Präsidenten Putin, statt korrekt zu berichten. Besorgniserregend sei zudem, dass sich Kritiker der unverantwortlichen Politik und Informationsvermittlung in Presse, Funk und Fernsehen seit einiger Zeit einer dreisten Gegenpropaganda ausgesetzt sehen, indem sie diffamiert und in ihrer Existenz bedroht werden.

[Wolfgang Bittner](#), Jg. 1941, studierte Rechtswissenschaft, Soziologie und Philosophie in Göttingen und München. Heute freier Schriftsteller. Kritiker der US-Außenpolitik und der Berichterstattung deutscher Medien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **NachDenkSeiten: Willy Wimmer und Albrecht Müller tauschen sich über Deutschland und NATO aus**

Selbst während des Kalten Krieges war die Gefahr eines Nuklearkrieges nach Auffassung von Willy Wimmer nicht so groß wie heute. Nach der Wende wurde die NATO durch Betreiben der USA von einem Verteidigungs- zu einem Angriffsbündnis umgestaltet. Unsere Mitgliedschaft in dieser NATO lässt das Grundgesetz eigentlich nicht zu. Eine Befragung der Völker Europas zur Änderung des NATO-Vertrags wurde bewusst umgangen. Auch die Charta der UN wird zunehmend missachtet, der [Frieden unter Beteiligung von Deutschland gefährdet](#). Selbst das Bundesverfassungsgerichts nickte diese Entwicklung ab.

Willy Wimmer und Albrecht Müller sprechen über mögliche und notwendige Konsequenzen: zum Beispiel die NATO zu verlassen und auf Zusammenarbeit zwischen West und Ost in Europa zu setzen, nicht auf Konfrontation mit Russland, also auch nicht auf eine neue europäische Armee. Oder den USA die Nutzung deutschen Territoriums für ihre militärischen Basen wie in Ramstein und Grafenwöhr aufzukündigen. Das alles ist nicht leicht. Aber so weiterzumachen wie bisher, ist noch schwerer, weil noch gefährlicher. (Video, 1h28)

*Entlang ihres jeweiligen politischen Werdegangs analysieren die beiden Gesprächspartner die Entwicklung der NATO unter Beachtung der deutschen Rolle und entwickeln dabei die Grundlagen einer echten Friedenspolitik. (Red.)*

[Albrecht Müller, Jg. 1938](#), Nationalökonom und Herausgeber der NachDenkSeiten. Müller war in seiner politischen Laufbahn Ghostwriter bei Prof. Dr. Karl Schiller, Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit der SPD, Leiter der Planung im Bundeskanzleramt bei Willy Brandt und Helmut Schmidt, ehemaliger Bundestagsabgeordneter. (Red.)

[Willy Wimmer](#), ehemaliger Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium und Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, ist unter Einschluss von Finanz- und Wirtschaftsfragen Experte für globale Sicherheitspolitik und führte über Jahrzehnte auf höchster staatlicher Ebene Gespräche. Wimmer treibt die gegenwärtige Lage in der Ukraine und Syrien sowie die diesbezügliche Politik um. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Frank Elbe, Botschafter a.D.: "**Uns fehlen zur Zeit Versöhner und Visionäre**"

Frank Elbe, Botschafter a.D. und Vertreter der Ostpolitik 'Wandel durch Annäherung', sieht den [Tiefpunkt in den Beziehungen zu Russland überwunden](#). In den Mainstream-Medien sei eine unterschwellige Ablehnung Russlands vorhanden. [Trumps Rede im Kongress](#) mit den Äußerungen zu den beabsichtigten Beziehungen zu Russland macht Elbe Hoffnung. Allerdings haben die Neokonservativen, die für die Konfrontation zu Russland stehen, immer noch eine starke Position.

Die Europäer müssten wissen, dass es für uns keine Sicherheit, keinen Frieden ohne gute Beziehungen zu Russland geben kann. Auch die USA hätten Vorteile aus einem guten Verhältnis zu Russland. Um sich darauf einzulassen, müssen die US-Amerikaner ihre innenpolitische Auseinandersetzung zwischen Sieger und Verlierer der Präsidentschaftswahl überwinden. (Video, 0h38)

[Frank Elbe, Jg. 1941, Jurist und Botschafter i.R. \(Polen, Indien, Japan, Schweiz\)](#), war Bürochef von Hans-Dietrich Genscher und Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- druschba.info: **Freundschaftsfahrt 2017**

Die Freundschaft zwischen Menschen bildet die Basis des Friedens zwischen Nationen und Ländern. Sie basiert auf ehrlichem Dialog und direktem Austausch zwischen den Menschen. Nur so kann abseits der medialen Berichterstattung, die nicht immer frei ist von teilweise zweifelhaften Interpretationen und staatlichen Interessen, eine Grundlage für echte Verständigung zwischen den Völkern entstehen.

Dieser Gedanke prägte auch die Aussöhnung, die zwischen Deutschen und ihren westlichen Nachbarn nach den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges stattgefunden hat. Es war der persönliche Austausch, der vermeintliche "Erbfeindschaften" durch neue Perspektiven und freundschaftliche Beziehungen als Lüge entlarvte und die Politik nachhaltig positiv beeinflusste.

Das wollen Dr. Rainer Rothfuß, Owe Schattauer und Sergey Fiba auch mit unserem größten östlichen Nachbarn – Russland – erreichen und organisieren dazu die "[Freundschaftsfahrt 2017](#)". Diese Fahrt soll vom 23.07. bis 13.08.2017 auf sieben verschiedenen Routen von Berlin aus stattfinden. Weitere Anmeldungen sind erwünscht.

*Wer zusätzliche Informationen zu diesem echten Friedensprojekt sucht, sei ergänzend auf folgende Beiträge verwiesen (Red.):*

Der Friedens- und Konfliktforscher Rainer Rothfuß hielt am 20.11.2016 den Vortrag "[NATO - Schutz oder Gefährdung Europas?](#)" (Video, 1h39). Dabei stellt Rainer Rothfuß die reale Geopolitik und die Zusammenhänge auf der Basis seiner gründlichen Recherche dar. Der Vortrag ist gleichzeitig Plädoyer für eine „Geopolitik von unten“ und für Völkerfreundschaft mit Russland mittels Volksdiplomatie, wie sie mit der Friedensfahrt Berlin-Moskau im August 2016 praktiziert wurde.

Ein [Interview von Ken Jebsen mit Rothfuß](#), der in Tübingen seine Professorenstelle verlor, weil er Daniele Ganser nach Tübingen eingeladen hatte. (Video, 1h42)

Zu der [Friedensfahrt nach Moskau im August 2016](#) gibt es bei Free21 einen lesenswerten Bericht. Und bei KenFM die [Botschaft der aus Moskau zurückkehrenden Friedensfahrer](#) (Video 0h11 und Text). [Schirmherr für 2016 war Willy Wimmer](#), der beklagt, dass die NATO ihren Charakter von einer Verteidigungs- zu einer Aggressionsallianz verändert hat. (Video 0h14).

[Inhalt](#) ↑

#### • Freeman: **Kennedy warnte vor der Weltverschwörung**

Am 27.04.1961 hat J.F. Kennedy vor den wichtigsten Zeitungsverlegern der USA eine außergewöhnliche Rede über "eine große Bedrohung" gehalten. Er sprach von der "schwerwiegenden Gefahr, dass ein verkündetes Bedürfnis nach erhöhter Sicherheit (...) dazu benutzt wird, seine Bedeutung auf die Grenzen amtlicher Zensur und Geheimhaltung auszuweiten". Er warnte vor einer "ruchlosen Verschwörung, der man rund um die Welt gegenübersteht". Er stellte fest, "[Geheimhaltung ist in einer freien und offenen Gesellschaft unannehmbar](#)".

Die Presse sei nicht durch die Verfassung geschützt, "um zu amüsieren und Leser zu gewinnen, nicht um das Triviale und Sentimentale zu fördern, nicht um dem Publikum immer das zu geben, was es gerade will, sondern um über Gefahren und Möglichkeiten zu informieren, um aufzurütteln und zu reflektieren, um unsere Krisen festzustellen und unsere Möglichkeiten aufzuzeigen, um zu führen, zu formen, zu bilden, und manchmal sogar die öffentliche Meinung herauszufordern."

*[John F. Kennedy](#), Jg. 1917, US-Präsident von 1961 bis 1963. Seine Außenpolitik steht im Zeichen des Kalten Krieges. Im weltweiten Kampf gegen den Kommunismus schickt er Soldaten nach Südostasien; aus diesem Engagement erwächst unter Johnson der Vietnamkrieg. Er ist für die von der CIA gesteuerte Invasion in der Schweinebucht Kubas verantwortlich, die scheitert. In der Folge soll eine US-Seeblockade die Anlieferung von sowjetischen Mittel- und Langstreckenraketen verhindern. Die eskalierende Lage wird durch eine Verständigung zwischen Kennedy und Chruschtschow entschärft, die daraufhin einen heißen Draht zwischen Washington und Moskau beschließen. Kennedy fällt 1963 einem bis heute nicht aufgeklärten Mord zum Opfer. - Die in der Rede von 1961 dargestellte Gefahr trifft auch heute noch zu. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

#### • Prof. Rainer Mausfeld: **Die Angst der Machteliten vor dem Volk**

Prof. Rainer Mausfeld hat diesen Vortrag beim IPPNW (Internationale Ärzte zur Verhinderung eines Nuklearkrieges) in Hamburg gehalten ([39 Seiten](#), [Zusammenfassung](#), [Video 1h39h](#)). Mausfeld stellt dar, wie Eliten mit Wissen und Psycho-Techniken ihre Macht ausüben: Mit Softpower, gegen die wir Menschen keine natürliche Abwehr haben, da sie unser psychisches Immunsystem unterläuft. Es wird uns z. B. weisgemacht, dass sich die Menschheit in zwei kategorial verschiedene Klassen einteilen lasse: In die intelligente, gebildete und rational denkende Elite und in das irrationale, triebhafte und selbstsüchtige Volk. Die selbst ernannte Elite gibt dabei vor, dass das gemeine Volk zum eigenen Wohle belogen werden müsse.

Die Eliten fürchten nichts mehr als den mündigen Bürger. Um das eigene Denken der Bürger zu verhindern, werden von den Eliten Angst und Hass erzeugt und Fakten unsichtbar gemacht, werden sensitive Themenbereiche durch Verklammerung mit geächteten Teilthemen blockiert, wird in den Schulen und in den Medien indoktriniert. Es wird z.B. in den USA vom Auserwähltsein der Elite und vom selbstlosen Wohlwollen des Imperiums (wie das Römische Imperium) gesprochen, um seinen hegemonialen Anspruch durchzusetzen. Dazu wird auch vor äußerster Gewalt nicht zurückgeschreckt.

Die philanthropisch verpackten Nichtregierungsorganisationen werden genutzt, um Empörung auf Ablenkthemen zu führen. Allein Russland ist mit 65'000 westlichen NGOs überzogen.

Schon die Gründerväter der USA wollten jede Form von Volksherrschaft vermeiden und schufen zu diesem Zweck die 'repräsentative Demokratie'. Diese Demokratieform ist eine Eliten-Demokratie und diente von Anfang an der Abwehr partizipatorischer Demokratie. Um dies zu

verschleiern, wird der Öffentlichkeit seit Jahrzehnten weisgemacht, dass die Regierungsform einer ‚repräsentativen Demokratie‘ die beste oder zumindest einzig realisierbare Verkörperung der demokratischen Leitidee sei. Die Wahlen bei einer repräsentativen Demokratie erlauben nur die Wahl aus einem extrem vorselektierten Personal, d.h. de facto ist die politische Verantwortlichkeit der Öffentlichkeit, dem Volk, entzogen. Das hat mit der 1789 formulierten Gleichwertigkeit aller Menschen nichts mehr zu tun.

Die Verantwortung von uns Bürgern ist es, unsere Veränderungsenergie kollektiv zu bündeln, um die gegenwärtige Zerstörung von Gemeinschaft, von Leben, kultureller Substanz und ökologischer Grundlagen zu stoppen.

[Rainer Mausfeld](#), Jg. 1949, Hochschulprofessor für Allgemeine Psychologie an der Universität Kiel. Seine Schwerpunkte sind Wahrnehmungspsychologie und Kognitionswissenschaft. - Im [Bürgerbrief vom August 2015](#) ist der Vortrag verlinkt, auf den Mausfeld eingangs des hier verlinkten Vortrags Bezug nimmt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Deutsche-Wirtschafts-Nachrichten: **Die Amerikaner sind krank: Gesundheits-System auf Crash-Kurs**

Am 24.03.2017 ist die Reform von 'Obamacare' durch die Regierung Trump vorerst im Repräsentantenhaus gescheitert. Laut Darstellung der DWN hätten mit dieser Reform bei gleichbleibendem Kostenaufwand die sozial Schwächeren verloren.

Die 'Obamacare' zugrunde liegenden staatlichen Programme 'Medicaid' und 'Medicare' stammen von 1965 und helfen sozial Schwachen, sich individuell bei Krankenkassen versichern bzw. Gesundheitsdienstleistungen bezahlen zu können. 'Medicaid' trägt zu ca. 40% die Bundesstaaten, den Rest der Bund. Das 'Medicaid' trägt nach dem Zuwachs durch 'Obamacare' ca. 20% der Krankenversicherungsprämien: 'Medicare' und Krankenkassen für das öffentliche Personal bringen jeweils ca. 3% der Prämien auf. Private zahlen individuell rund 8% der Krankenversicherungsprämien. Rund 10% der Bevölkerung kann sich keine Krankenversicherung leisten oder ist nicht gewillt dafür die Prämien zu bezahlen.

Den Hauptanteil an Krankenversicherungsprämien bringen aber die Unternehmen für ihr Personal auf: ca. 56%. Dabei zahlen die Unternehmen insgesamt 83% der gesamten Krankenkassen-Prämien für einzeln Versicherte, und 72% für Versicherte samt deren Familienangehörigen. Der Rest der Prämien wird den Versicherten üblicherweise direkt vom ausbezahlten Lohn abgezogen. Die Aufwendungen der Unternehmen sind für die Unternehmen selbst in ihrer Steuererklärung abzugsfähig und für die Beschäftigten ebenfalls nicht zu versteuern. Aber die Lohnnebenkosten durch die Krankenversicherungsprämien sind ein enormer Kostenfaktor. Den über die Arbeitgeber versicherten Arbeitnehmern wird der Reallohn-Fortschritt hauptsächlich in Form gesteigerter Krankenkassen-Prämien ausbezahlt.

Da sich der [Anteil der Gesundheitskosten am Bruttoinlandsprodukt in den letzten 50 Jahren fast vervierfacht](#) hat, liegt er heute bei über 18%. Die Tendenz ist weiter steigend. Dies liegt an der gesundheitlichen Entwicklung in den USA. Die durch eine gescheiterte Industriepolitik bedingte Art der Ernährung und mangelnde Bewegung erhöhen die medizinischen Risikofaktoren. Dies hat einen im internationalen Vergleich hohen Anteil an chronisch Kranken zur Folge, deren Behandlung fast 90% der gesamten Gesundheitskosten in Anspruch nimmt.

Eine Verlagerung der Arbeit ins Ausland ist die Folge. Selbst die Pharma-, Biotechnologie- und Medizintechnik-Industrien, deren Know-how und Patente in den USA entwickelt werden, produzieren trotz eines lukrativen Inlandsmarktes im Ausland. Das Ungleichgewicht im Handel ist auch hier enorm.

Die geplante Deregulierung der Wirtschaft wird gesundheitspolitische Auflagen und Verbote gegenüber Landwirtschaft, Nahrungsmittelindustrie und Verpflegungs-Stätten eher abbauen und sicher nicht fördern. Die Orientierung der Medizin auf Pharmazeutika, Apparate und teure Behandlungen wird die Kosten weiter in die Höhe treiben. Daher wird sich diese Entwicklung eher fortsetzen, und es ist eine Frage der Zeit, bis das ganze System auseinander fliegt.

[Inhalt](#) ↑

- Zeit-Fragen: **Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt**

*Dieser Artikel ist der Folgeartikel zu "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet" (siehe [Bürgerbrief vom März 2017](#)), der beschrieb, wie sich Monnet in der internationalen Finanzwelt und im Politikmilieu vernetzte. (Red.)*

Jean Monnet verstand es sehr gut, während seines Werdegangs bei Banken und Politik Einflussnetze zu knüpfen. Aufgrund seiner Erfahrung als Waffenhändler im Ersten Weltkrieg konnte er Frankreich und Großbritannien während des Zweiten Weltkriegs bei ihren Waffenkäufen helfen.

1940 lancierte 'Chatham House' die Idee einer engen britisch-französischen Union, bei deren Realisierung [Monnet eine Schlüsselrolle](#) spielte. Er argumentierte, Hitler könnte Frankreich und Großbritannien auseinanderdividieren, daher müsse die Verbindung unauflöslich sein. Dieser Union stünde dann die unbegrenzte Produktion der USA zur Verfügung.

Charles de Gaulle, der den Waffenstillstand Frankreichs mit Nazi-Deutschland und das Vichy-Regime ablehnte und ins Exil ging, um dort den Widerstand zu organisieren, traf Monnet 1940 in London. Da Monnet als Sondergesandter des US-Präsidenten Roosevelt die Wiederherstellung von Frankreichs Souveränität ablehnte, lieferte er Argumente, um de Gaulle zu desavouieren. Monnet boykottierte anfangs das nationale Befreiungskomitee von de Gaulle, versuchte diesen in einem größeren Komitee kaltzustellen, auf das Eisenhower und Roosevelt Einfluss zu nehmen versuchten.

1943 wurde von der Hochfinanz und den US-Kartellen die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft sowie eine europäische Währungsunion vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte. Monnet entwickelte daraus seinen Vorschlag zur Gründung einer Wirtschaftsunion. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Europa könne "zu einem Staat werden, der Frieden und Glück bringt". Die Initiative solle von Frankreich ausgehen.

Nachdem de Gaulle die strategischen Überlegungen Roosevelts für die Welt nach dem Zweiten Weltkrieg dargestellt bekommen hatte und erkannte, dass Europa von den USA dominiert werden sollte, zog er den Schluss, dass Frankreich nur auf sich selbst zählen könne, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.

*[Zeit-Fragen](#), eine genossenschaftlich herausgegebene, weltanschaulich, politisch und finanziell unabhängige Zeitung, sieht sich als Ergänzung zu anderen Zeitungen. Erscheint 14-tägig, auch in englischer und französischer Sprache. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑